

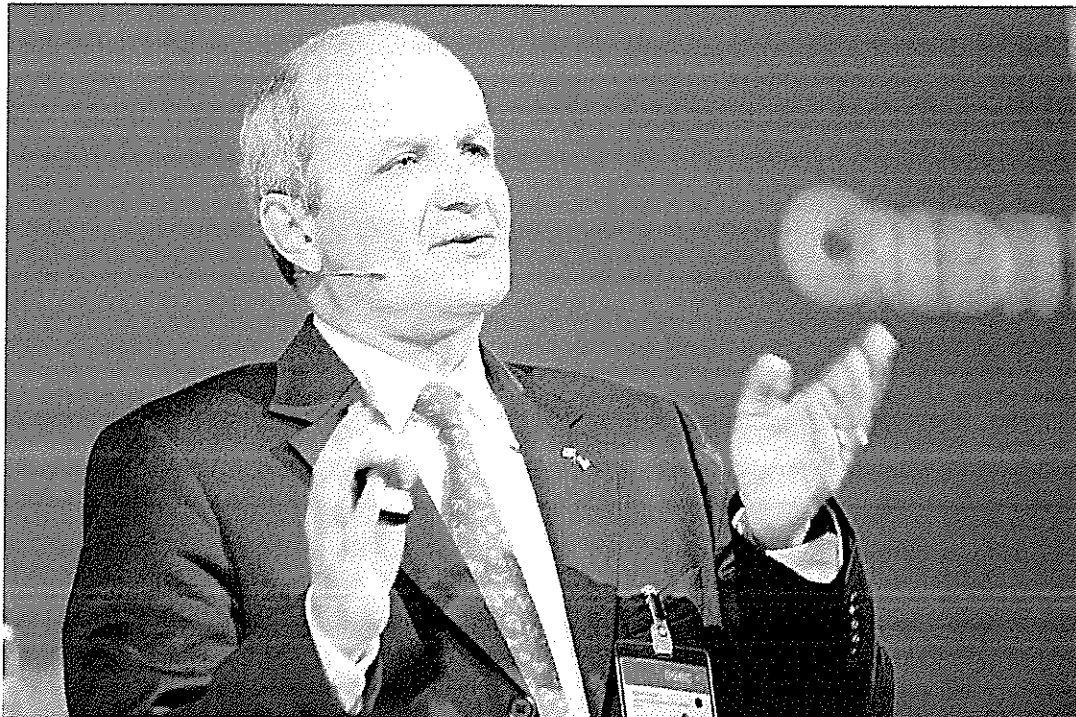
Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.boz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 68'279  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 36  
Fläche: 45'340 mm<sup>2</sup>

## Ein Nein rückt Einigung in weite Ferne

Martin Naville, Chef Handelskammer Schweiz–USA,  
hofft auf baldige Lösung im Steuerstreit |



**Martin Naville.**  
«Wenn beide  
Seiten unzufrie-  
den sind, hat man  
die richtige Mitte  
gefunden.»

Foto Keystone

Von Christian Mundt, Bern

**BaZ:** Herr Naville, derzeit sieht es so aus, als ob sich die Schweiz und die USA im Steuerstreit um die Banken einigen würden. Was ist zu erwarten?

**Martin Naville:** Mit was genau zu rechnen ist, weiss ich nicht. Ich hoffe aber sehr stark, dass das leidige Problem endlich gelöst wird, denn es belastet unsere ansonsten hervorragenden Wirtschaftsbeziehungen seit bald sechs Jahren.

Was heisst das konkret, wenn das Problem gelöst wird?

Die offenen Anklagen und Untersuchungen müssen zu einem Abschluss gebracht werden. Weiter darf es keine weiteren Anklagen zum Thema Steu-

erhinterziehung und -betrug geben. Der Fall Wegelin wurde kürzlich mit der Bezahlung einer 74-Millionen-Dollar-Strafe erledigt. Erwarten Sie ähnliche Summen zur Abgeltung?

Es geht nicht nur um die Busse der Banken für ihr Fehlverhalten, sondern vor allem auch um die Abgeltung der entgangenen Steuereinnahmen aufseiten des amerikanischen Staates. Von daher rechne ich mit einem höheren Betrag. Da der Vertrag sowohl in der Schweiz wie auch in den USA parlamentarisch und medial unter die Lupe genommen wird, erwarte ich aber eine vernünftige Lösung für beide Seiten.

Bei uns haben sowohl Links wie Rechts Widerstand angekündigt.

Die Frustration des Parlaments ist nachvollziehbar: Die Banken haben

sich nicht richtig verhalten und jetzt muss die Politik dies ausbügeln.

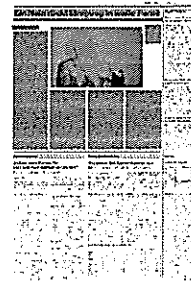
Angenommen, der Vertrag käme nicht durch: Was wären die Konsequenzen?

Falls das Parlament den Vertrag verwirft, hätten wir ein grösseres Problem, weil eine Lösung in weite Ferne rücken würde. Natürlich würden die USA die Initiative ergreifen und ihre nächsten Schritte einleiten.

Das heisst Klagen gegen die Banken?

Das muss nicht sein. Aber die Stimmung wird sich gegen die Schweiz wenden, da die Schweiz aus Sicht der Amerikaner einmal mehr die Steuerhinterzieher schützen würde. Ob die USA gegen Banken oder Einzelpersonen klagen, ist aber offen.

Wäre eine Klage gegen eine Bank der



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 68'279  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3  
Abo-Nr.: 272003  
Seite: 36  
Fläche: 45'340 mm<sup>2</sup>

## Ausbruch eines Wirtschaftskriegs?

Sie würde in jedem Fall die Fronten nochmals verhärten. Wir haben gegenüber unseren Partnern in den USA immer gesagt, dass eine weitere Klage hier nicht verstanden und als «Kriegserklärung» aufgefasst werden würde. Eine gütliche Lösung wird so natürlich immer schwieriger.

Bisher sprachen wir über den Finanzplatz. Sind auch Konsequenzen für andere Wirtschaftsbereiche möglich?

Zu diesem Zeitpunkt kann die Frage nicht schlüssig beantwortet werden. Die USA sind nach Deutschland der wichtigste Exportmarkt für die Schweiz und sie sind auch der grösste Direktinvestor in der Schweiz. Für amerikanische Firmen wird die Schweiz deutlich weniger attraktiv, wenn wir erneut auf einer schwarzen Liste landen. Auf die Exportindustrie könnten zusätzliche Hindernisse zukommen.

«Eine weitere Klage gegen eine Bank würde als Kriegserklärung aufgefasst.»

Wenn die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern so blühen: Warum verhalten sich die USA so? Geht man so

## mit einem guten Partner um?

Aus Schweizer Sicht ist diese Frage sehr verständlich – aus amerikanischer nicht. Die USA verstehen das als juristischen Prozess gegen amerikanische Steuerpflichtige, die gegen die amerikanische Steuergesetze verstossen haben – nach US-Recht ein Verbrechen. Nur weil die Schweiz ein guter Partner ist, werden die USA nicht auf die Verfolgung der – aus ihrer Sicht – Steuerkriminellen verzichten.

Am Freitag hat der Chefunterhändler der Schweiz seinen Posten gekündigt. Was hat das für Konsequenzen?

Ich kenne Staatssekretär Ambühl als überaus pflichtbewusste Person. Er hätte seine Demission nicht bekannt gegeben, wenn es für ihn nicht klar wäre, dass die Einigung im Steuerstreit bis zu seinem Wechsel unter Dach und Fach ist.

Der Steuerstreit mit den USA ist also bis Ende August gelöst, wenn sich das Parlament nicht dagegen wehrt?

Es ist zu hoffen, dass es bis dann gütlich geregelt ist. Klar, es herrscht Uneinigkeit. Aber wie immer in solchen Situationen: Wenn beide Seiten unzufrieden sind, hat man die richtige Mitte gefunden. Denn auch in den USA gibt es Stimmen, die gerne mehr gehabt hätten.